

Die Rolle des Staates für Wettbewerb und Freiheit

Nach der Premiere der Schiefer Festspiele im Vorjahr wurde Wien auch im November 2024 wieder zum Zentrum des Vergaberechts. Das Programm umfasste Executive Talks, Netzwerktreffen in einer Pop-Up-Bar, die Verleihung der Schiefer Awards im Rahmen eines Gala-Abends im MAK und erstmalig die Schiefer Academy als Knowledge-Hub rund um jene Themen, die die Vergaberechtsszene aktuell am meisten beschäftigen.

Was darf der Staat, wo endet die Freiheit des Einzelnen? Heiligt der Zweck alle Mittel? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des ersten, hochkarätig besetzten Executive Talks, der am 18. November im Palais Festetics stattfand. Besprochen wurden zentrale Aspekte im Bereich von Vergabe-Compliance & Strafrecht, um die Spannungsfelder zwischen Transparenz, Privatsphäre und staatlicher Regulierung näher zu beleuchten. Der Fokus der Diskussion lag insbesondere auf der Notwendigkeit eines funktionierenden Wettbewerbs, der Rolle von Transparenz in der Korruptionsbekämpfung und den Herausforderungen durch neue Gesetze und internationale Entwicklungen.

Wettbewerb & Transparenz

„Der Wettbewerb schützt die unternehmerische Freiheit. Je liberaler die Gesellschaft ist, desto stärker sind die Regulierungen, um diese Freiheit zu sichern. Gleichzeitig trägt der Staat eine große Verantwortung, diese Regulierungen



Executive Talk im Palais Festetics: Albert Posch, Leiter Verfassungsdienst, Bundeskanzleramt / Natalie Harsdorf, Generaldirektorin, Bundeswettbewerbsbehörde / Christa Janhsen, Partnerin Risk Advisory, Deloitte Österreich / Martin Schiefer, Partner, Schiefer Rechtsanwälte. [Roland RUDOLPH]

rechtskonform zu exekutieren“, sagt Natalie Harsdorf, Generaldirektorin der Bundeswettbewerbsbehörde, und betont in diesem Zusammenhang: „Es muss immer mit Maß und Ziel vorgegangen werden.“

Dass der Staat in Sachen Verantwortung zur Transparenz in die Pflicht genommen wird, zeigt sich beispielhaft am neuen Informationsfreiheitsgesetz (IFG, Anfang 2024 vom Nationalrat beschlossen, Inkrafttreten im September 2025). Das IFG räumt jeder natürlichen und juristischen Person das Recht auf Zugang zu staatlichen und bestimmten unternehmerischen Informationen ein. Zudem verpflichtet das IFG öffentliche Stellen zur proaktiven Veröffentlichung von

Informationen allgemeinen Interesses. Kurzum: Die Amtsverschwiegenheit wird in Österreich abgeschafft und der Zugang zu staatlichen Informationen erleichtert. Staatliche Transparenz wird damit zur Regel und Geheimhaltung zur Ausnahme gemacht. „Das neue Informationsfreiheitsgesetz bringt eine Kultur der Offenheit und Transparenz - ein wichtiger Schritt in der Korruptionsbekämpfung“, stellt Albert Posch, Leiter des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts, einen Zusammenhang zwischen Transparenz und fairem Wettbewerb her.

Auswirkungen darf man sich vom IFG auch auf das Vergaberecht und die Durchführung von Vergabeverfahren erwarten, etwa in

Form zusätzlicher Transparenz - was ganz im Sinne von Martin Schiefer, Partner bei Schiefer Rechtsanwälte, ist: „Das Vergaberecht und die öffentliche Ausschreibung dienen immer der Sache. Eine Ausschreibung ist kein Weg ins Ungewisse, sondern eine Ausschreibung dient vor allem der Transparenz. Und die öffentliche Verwaltung braucht dringend Transparenz, um Vertrauen zurückzugewinnen. Das Vergaberecht ist in diesem Sinne ein Vertrauenshebel.“

Regulierung & Bürokratie

Eng in Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit stehen Herausforderungen, die durch den Umgang mit neuen, von internationalen Entwicklungen getriebenen Regularien geschaffen werden - Stichwort Lieferkettengesetz. Sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene wird die Regulierung rund um die Lieferkette zunehmend forciert, um künftig menschenrechtliche und umweltrechtliche Standards innerhalb unternehmerischer Lieferketten gewährleisten zu können. Was von allen Seiten begrüßt wird, führt bei der konkreten Umsetzung zu Problemen. Die Anforderungen an die Legititäts- und Sorgfaltspflichten sind, insbesondere im KMU-Bereich, von den Unternehmensverantwortlichen nur schwer zu erfüllen. In der Kritik steht die Komplexität von Rechtsvorschriften, die über das Ziel hinausschießen und zu bürokratischen Aus-

wüchsen führen. Unternehmen sind jedenfalls gefordert, ein rechtmäßiges und zugleich effizientes Handeln sicherzustellen. Compliance-Management lautet das Gebot der Stunde. „Lieferketten-Compliance stellt Unternehmen vor die Frage: Wie tief muss man gehen, um Compliance gewährleisten zu können?“, sagt Christa Janhsen, Partnerin Risk Advisory bei Deloitte Österreich, und fügt an: „Gelebte Compliance basiert auf ethischen Standards und ist weit mehr als nur das Abhaken von Checklisten. Sie trägt wesentlich zur Transparenz bei.“ Unternehmen, so Martin Schiefer, sollten für ihre Compliance-Bemühungen belohnt werden.

Stimme für Europa

Das Fazit der Diskussionsrunde: Der Staat muss sowohl Schutzmechanismen als auch Kontrollinstanzen schaffen, um Freiheit und Wettbewerb zu garantieren. Einig waren sich die Expert:innen auch, dass Regularien praktikabel zu gestalten sind und dass wirtschaftliche Anreize für Compliance geschaffen werden sollten. Transparenz und ethische Standards wurden als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben; ganz im Sinne einer modernen Ausrichtung Europas, wie Schiefer abschließend betonte: „Europa muss sich gerade in Zeiten wie diesen auf seine Werte besinnen und seine Stimme erheben. Transparenz ist das Gebot der Stunde und der Staat muss dafür Sorge tragen, dass das Regelwerk eingehalten wird.“